№ 188. Sonnabend, 21. November. 1908.

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwochs und Sonnabends erscheinenden „Belletristischen Beilage" bei Abholung vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰, bei Zustellung ins Haus 1 ℳ 70 ₰, bei allen Postanstalten 1 ℳ 50 ₰ exklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 ₰. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Fernsprechstelle Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Dreiundsechzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückerstattung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Freitag, den 27. November 1908, nachmittags 2 Uhr, sollen in **Bischofswerda** folgende Gegenstände, als: **1 Pianino, 1 Nähmaschine, 2 Sofas, 2 Bilder** und **1 Damenuhr mit Kette** gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Königl. Amtsgericht.
Bischofswerda, am 20. November 1908. **Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.**

Die Beendigung der Krisis.

Obwohl noch ein Teil der deutschen Presse sich hinsichtlich der Frage der Beendigung der großen politischen Krisis in Deutschland in durchaus ablehnender Haltung gefällt, und manche Zeitungen sogar in der Antwort des Kaisers an den Reichskanzler eine schroffe Absage gegenüber dem Willen des Volkes und des Reichstages erblicken, so überwiegt doch in der Mehrheit der besonnenen Patrioten Deutschlands die Ansicht, daß die Krisis vorläufig als beendigt anzusehen ist. Da der Kaiser in seiner Antwort die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wie sie die Reichsverfassung vorschreibt, hochgehalten wissen will, so darf man doch wahrhaftig auch zunächst volles Vertrauen in die weitere Entwickelung der Dinge fassen, denn der Kaiser hat sicher in der ganzen Krisis erkannt, daß es seine oberste Aufgabe ist, das vollste Vertrauen zwischen der Kaiserkrone und dem Volke wiederherzustellen. Da nun Aeußerungen des Kaisers, die nicht die Billigung des verantwortlichen Reichskanzlers hätten finden können, die Ursache der Krisis und auch der bedauerlichen Zwischenfälle auf dem Gebiete der auswärtigen Politik gewesen sind, so ergibt sich daraus ohne weiteres das Fazit, daß der Kaiser künftig mehr als je bestrebt sein dürfte, die Einheit des politischen Willens zwischen sich und dem Reichskanzler wie auch mit dem Bundesrate und dem deutschen Reichstage zu erstreben und zu erhalten. Wenn daher auch noch eine gewisse Sorge bleibt, so wäre es doch durchaus unpatriotisch, wenn man in den Ton der leidenschaftlichen Opposition verfallen und immer noch so austun würde, wie es gewisse Blätter tun, als ob die Existenz des ganzen deutschen Reiches auch ferner noch auf dem Spiele stände. Man beobachte nur genau die Urteile vieler französischer Zeitungen über die Krisis in Deutschland. Hoffen doch mehrere französische Zeitungen, daß die Krisis zwischen dem deutschen Kaiser und dem deutschen Reichstage der Anfang vom Ende des deutschen Reiches sein werde. Aus dieser unsinnigen Hoffnung der Franzosen wird wohl jeder ruhig urteilende Deutsche erkennen, daß erstens jede Uebertreibung der Gefahr und zweitens jede Fortsetzung der Krisis eben erst die wirkliche große innere und äußere politische Gefahr für Deutschland sein würde. Der Kaiser hat doch in seiner Antwort ohne jeden Zweifel auch die Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage gebilligt, nach denen der Reichskanzler sowie auch jeder seiner Nachfolger nur dann die Verantwortung für die Reichspolitik übernehmen kann, wenn sich der Kaiser in seinen Willensäußerungen mehr Zurückhaltung auferlegt und die Einheit des Willens in den Regierungsgeschäften herbeiführt. Nach den Zeiten schwerer Sorgen ist es daher jetzt am Platze, daß der deutsche Reichstag und das deutsche Volk auf eine Periode fester und ruhiger Politik Deutschlands ohne jede ärgerlichen und geräuschvollen Zwischenfälle hoffen. Mit dieser Politik kommt Deutschland sachlich vorwärts, und wird sich auch die Hochachtung des Auslandes voll und ganz erwerben und erhalten. Durchaus verfehlt ist es auch daher, wenn einige Zeitungen verlangen, daß der Reichstag nun endlich die Bürgschaften gegen eine Wiederholung solcher Zwischenfälle verlangen solle. Die Bürgschaft liegt in der von der Reichsverfassung vorgeschriebenen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und an der festen Haltung desselben in allen Fällen des Zwiespaltes zwischen der Krone und der pflichttreuen Ueberzeugung des Reichskanzlers. Von einem Mangel aller Garantien kann daher keine Rede sein, und die klügste Politik, die wir jetzt in Deutschland verfolgen können, besteht darin, daß wir mit Vertrauen und Ruhe und Sachkunde an jede Art der politischen Arbeit herantreten. △

Deutsches Reich.

Der Deutsche Kaiser, das englische Königspaar, der Thronfolger von Oesterreich, sowie wahrscheinlich auch König Manuel von Portugal werden dem König Alfons im Laufe des nächsten Jahres Besuche abstatten. Der Zeitpunkt und der Ort der verschiedenen Zusammenkünfte sind noch nicht festgesetzt.

Die innere Krisis, in deren beunruhigenden Zeichen das Deutsche Reich während der letzten Wochen stand, ist nunmehr durch die vom Kaiser Wilhelm dem Reichskanzler Fürsten Bülow im Neuen Palais erteilte Audienz wieder beseitigt worden. Der Monarch hat den Kanzler seines unerschütterlichen weiteren Vertrauens versichert und zugleich seinen bestimmten Entschluß kundgegeben, die Stetigkeit der Politik des Reiches „unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten" zu sichern. Hiermit ist also vor allen Dingen das Bleiben des Fürsten Bülow auf seinem Posten entschieden, woran vielfach bis jetzt und scheinbar mit Recht, noch immer gezweifelt worden war. Freilich ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Frage des Rücktrittes des jetzigen Reichskanzlers sofort wieder akut wird, nämlich dann, wenn es sich zeigen sollte, daß die „Stetigkeit" der Reichspolitik aufs neue zu wünschen übrig läßt; sind doch schon jetzt Stimmen in der deutschen Presse zu verzeichnen, welche die Ansicht verfechten, die jüngste Krisis sei nur vertagt und könne im geeigneten Moment jederzeit wieder eintreten. Hoffentlich sind aber diese pessimistischen Anschauungen unbegründet, denn eine abermalige peinliche Ueberraschung nach Art der Veröffentlichungen im „Daily Telegraph" müßte die schwersten Folgen zeitigen!

Im Reichstage ist seit dem 19. November eine parlamentarische Haupt- und Staatsaktion nach den Interpellationsdebatten über das Kaiser-Interview im Gange, die erste Lesung der Reichsfinanzreformvorlage. Schon der große Umfang dieses wichtigen Gesetzentwurfes, der ja aus einer Reihe von Einzelvorlagen besteht, läßt bestimmt vermuten, daß sich die Generaldebatte hierüber erheblich in die Länge ziehen wird; es heißt denn auch, daß hierfür mindestens zehn Sitzungen in Aussicht genommen seien. Die Generaldiskussion über die Reichsfinanzreform dürfte bereits hinlänglich die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den projektierten neuen Reichssteuern erkennen lassen.

Zum Nachfolger des Chefs des kaiserlichen Militärkabinetts, des während des Jagdaufenthaltes des Kaisers in Donaueschingen so plötzlich verschiedenen Generals der Infanterie Grafen Hülsen-Häseler, ist Generalleutnant Freiherr von Lyncker, Kommandeur der 19. Division in Hannover, ernannt worden. Der neue Chef des Militärkabinetts steht im 55. Lebensjahre, nahm, kaum erst 17 Jahre alt, am deutsch-französischen Kriege teil, wo er bei St. Privat eine schwere Verwundung erlitt, und trat nach erfogreichem Besuche der Kriegsakademie in das 1. Garde-Regiment z. F. ein. 1888 wurde Freiherr v. Lyncker in den Generalstab berufen, 1894 erfolgte seine Ernennung zum Major im Garde-Füsilier-Regiment, und von da ab vollzog sich seine weitere militärische Laufbahn ungewöhnlich rasch, so daß schon das Jahr 1905 seine Ernennung zum Divisionär brachte.

Der Kommandeur des 2. bayerischen Armeekorps, General der Infanterie Freiherr Reichlin-Meldegg, wurde zur Disposition gestellt, unter Verleihung des Großkreuzes des bayerischen Militärverdienstordens. Zu seinem Nachfolger im Korpskommando ist Generalleutnant v. Dürckheim bestimmt.

Das württembergische Finanzministerium hat mit einem Konsortium von Banken eine vierprozentige Staatsanleihe im Betrage von 15 Millionen Mark abgeschlossen.

40 124 Arbeitslose gibt es nach einer am Dienstag vorgenommenen Zählung in Berlin und dessen Vororten. Der Gemeindebezirk Berlin weist 29 123 Arbeitslose auf, darunter befinden sich 1404 Rentenempfänger. Auffällig ist es, daß sich, wie die „Berl. Allgem. Ztg." hervorhebt, unter der Gesamtzahl nur 1716 weibliche Arbeitslose befinden.

Oesterreich-Ungarn.

Das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro droht sich plötzlich zuzuspitzen. 8000 Montenegriner haben den Dugapaß, welcher den Eingang aus Montenegro in die Herzegowina bildet, besetzt. Weiter armierten die Montenegriner den Grenzberg Lovcen mit schweren Geschützen und richteten die Mündungen gegen die österreichische Hafenstadt Cattaro. Die Offiziere und Beamten der Garnison Cattaro ließen bereits in Befürchtung eines montenegrinischen Angriffes ihre Familien fortbringen. — Der österreichische Reichsrat tritt am 26. November zusammen; in der Eröffnungssitzung wird sich das neue Beamtenministerium Bienerth vorstellen.

Frankreich.

Die Franzosen werden mißtrauisch, und zwar gegen die deutschen Luftschiffer. Die „Berl. Allg. Ztg." erhält folgendes Telegramm aus Paris: „Echo de Paris" stellt eine ziemlich lange Liste deutscher Luftballons und ihrer Insassen zusammen, die während der letzten Monate über die Ostgrenze kamen und in Frankreich landeten. Aus der Tatsache, daß sich unter den Luftreisenden fast regelmäßig aktive Offiziere befinden, und daß wiederholt mehrere Ballons gleichzeitig aufgestiegen waren, schließt das genannte Blatt auf die Absicht militärischer Spionage und kündigt an, daß die Regierung strenge und wirksame Maßregeln ergreifen werde. — — Vielleicht verbietet sie nun künftig das — Wehen von Ostwinden.

SLUB
Wir führen Wissen.